

Macht – das konnte sich der Genosse Vogel nun wirklich nicht vorstellen. Eigentlich war ja der Nationalsozialismus gar kein Thema mehr für ihn und seine Kollegen im Parteivorstand, seit Hitlers Partei bei den letzten Reichstagswahlen einen schweren Rückschlag erlitten hatte.

Wie hatte doch Otto Wels nach den fünf Wahlkämpfen von 1932 gesagt? „Wir haben im Laufe des Jahres fünf Schlachten geschlagen unter dem Rufe: ‚Schlagt Hitler!‘, und nach der fünften war er geschlagen.“ Kein Wunder, daß der unter zu hohem Blutdruck leidende Wels Mitte Januar nach dem schweizerischen Ascona abgereist war, um sich

dierten, Gefährliches zusammenbraute. Der am 28. Januar gestürzte Kanzler Kurt von Schleicher, so hieß es, plane einen Putsch gegen Hindenburg und habe bereits die Potsdamer Garnison alarmieren lassen.

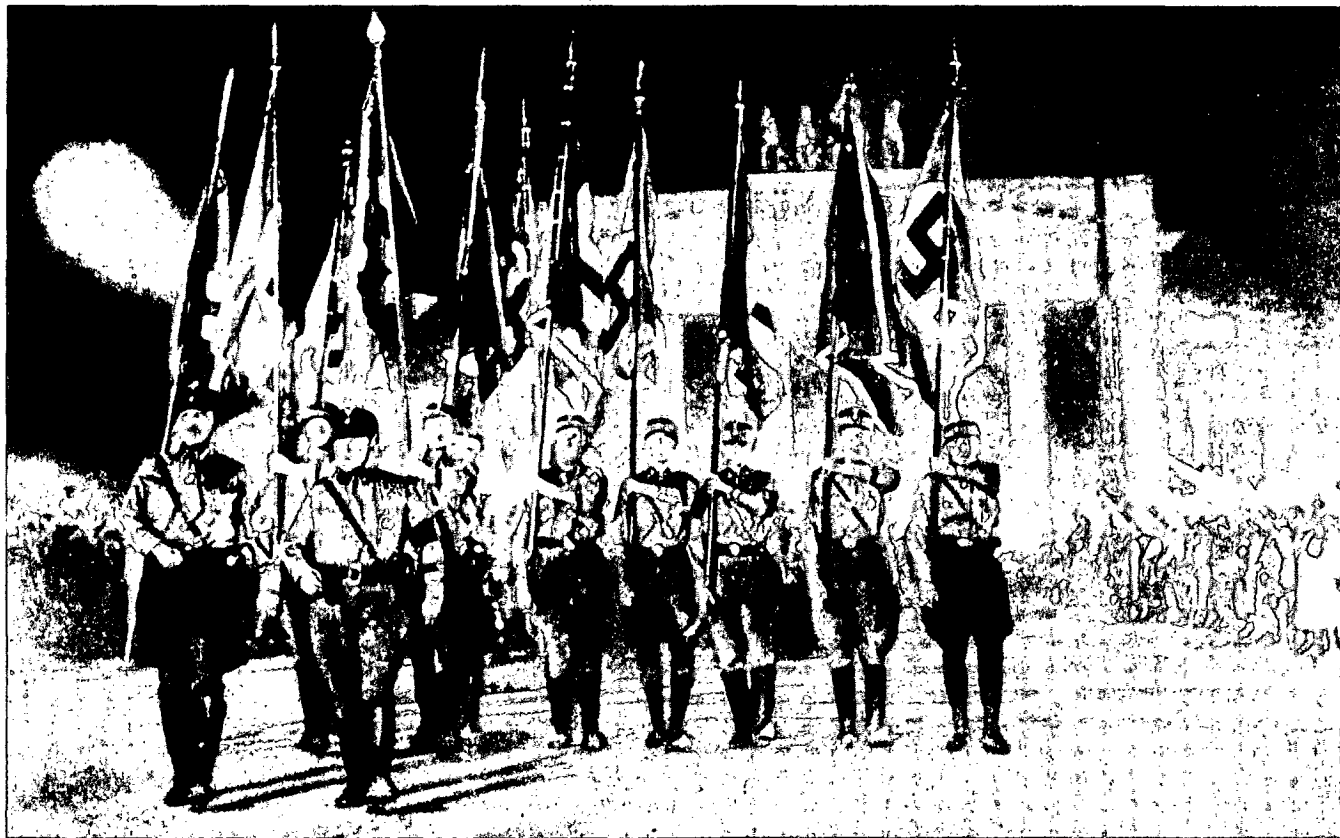
Jetzt wurde auch Vogel nervös. Er ließ alle in Berlin erreichbaren Mitglieder des Parteivorstandes, die führenden Männer der Reichstagsfraktion und einige Spitzenfunktionäre des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zu einer Sitzung im Reichstag zusammentrommeln, die noch am Vormittag beginnen sollte.

Als sie endlich versammelt waren, sah sich Vogel kaum verhüllter Ratlosigkeit

aber müssen zu Massenaktionen aufrufen. Wir müssen zeigen, was wir wollen.“

Da aber wurde Otto Braun, Preußens Ministerpräsident und der „starke Mann“ der deutschen Sozialdemokratie, grob. Er warnte davor, „etwa irgendwelchen Unsinn zu machen“, raunte Braun, er rate zum Abwarten. Im übrigen scheine ihm doch, daß die ostelbische Herrenklasse, die maßgebenden Einfluß bei Hindenburg habe, „den Malergesellen nicht an die Macht lassen“ wolle.

Angeichts solcher Meinungsverschiedenheiten waren die Genossen froh, daß der flinke Friedrich Stampfer, der Chef-



NS-Machtübernahme am 30. Januar 1933 in Berlin: „Deutschlands Stern ist im Aufsteigen“

dort auszukurieren. Er sah einfach „die Katastrophe nicht vor der Tür stehen“.

Auch Vogel hatte sich nicht von den abenteuerlichen Gerüchten irritieren lassen, die von Geheimverhandlungen zwischen Hitler und dem Hindenburg-Favoriten Franz von Papen wissen wollten. Er hielt es da eher mit dem Berliner „Kladderadatsch“, der noch am 29. Januar witzelte: „Was treibt, wenn gefrühstückt habend, vormittags der Nazigrande? Was nach Tisch? Verfließt sein Abend zwischen Lipp und Köln? Bereichert er so die Partei an Zaster? Oder papert er und schleicht schlau auf dem Berliner Pflaster? . . . Wo steckt Hitler, gelte die Frage?“

Allmählich merkte aber auch Vogel, daß sich in der Wilhelmstraße, wo Reichskanzler und Reichspräsident resi-

gegenüber. Der Fraktionsvorsitzende Rudolf Breitscheid verkündete zwar mit gewohntem Scharfblick, die Partei werde nunmehr „vor die Notwendigkeit gestellt werden, die Faschisten aus der Macht zu vertreiben“, die meisten seiner Kollegen aber zweifelten daran, daß es schon so spät sei. Rudolf Hilferding meinte, manches spreche dafür, daß es nicht zu einer Hitler-Regierung, sondern zu einem unpolitischen Beamtenkabinet komme, und auch Vogel fand, die Situation sei „reichlich unklar und dränge jetzt noch nicht zur Entscheidung“.

Nur zwei Linke, der Gewerkschaftsvorsitzende Siegfried Aufhäuser und Carl Litke, mochten sich damit nicht zufriedengeben. „Ein Beamtenkabinet wäre doch nur als Platzhalter für Hitler zu bewerten“, protestierte Litke. „Wir

redakteur des SPD-Zentralblatts „Vorwärts“, schon eine Resolution entworfen hatte, auf die sich alle verständigen konnten. Sie besagte, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei „bereit, jede Regierung vorbehaltlos zu unterstützen, die sich das Ziel setzt, die Anarchie im Lande zu beenden und rechtsstaatliche, verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen“. Die Runde beschloß, die Erklärung möglichst noch in die Abendausgabe des „Vorwärts“ zu setzen.

Stampfer eilte in den Gang hinaus, um in der nächsten Telephonzelle den Text an die Redaktion durchzugeben. Er hielt schon den Hörer in der Hand, da vernahm er plötzlich „ein wildes Rennen und Rufen“. Erst konnte Stampfer nicht richtig verstehen, was die Leute riefen,



Hitlers Einzug in Berlin

1.-April-Karikatur („Simplicissimus“ 1924): „Was treibt der Nazigrande?“

dann hörte er es ganz deutlich: „Hitler ist Reichskanzler!“

Die Katastrophe war da. Was die deutsche Sozialdemokratie und das immer kleiner gewordene Lager der anderen demokratischen Parteien und Organisationen hatten bekämpfen und verhindern wollen, was freilich auch schon viele Verteidiger der Republik fatalistisch wie ein unvermeidliches Naturereignis hatten kommen sehen, war bittere Realität: Adolf Hitler war an der Spitze einer Koalition aus Nationalsozialisten und Erzkonservativen an die Schalthebel der Macht gelangt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), 14 Jahre lang fanatische Gegnerin des Weimarer „Systems“, war gleichsam über Nacht zur wichtigsten Regierungspartei in Deutschland geworden.

Doch die SPD-Führer im Sitzungssaal des Reichstags hatten die Zeichen der Zeit noch immer nicht richtig verstanden. Für Stampfer, der wieder in den Saal zurückgekehrt war, bedeutete der Machtantritt Hitlers nicht mehr als ein „verlängerter Kapp-Putsch“, ja, viele seiner Kollegen waren sich nicht einmal sicher, ob sie recht daran täten, dem Kanzler Hitler eine so große Aufmerksamkeit zu widmen.

Nicht Hitler schien ihnen gefährlich, sondern der neue Wirtschafts- und Er-

nährungsminister Alfred Hugenberg, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und „Haupt der Reaktion“ („Vorwärts“). In ihm witterten die führenden Sozialdemokraten den starken Mann des neuen Regimes, in ihm sahen sie den künftigen Diktator Deutschlands.

So fiel den SPD-Führern in dieser Stunde nichts Originelleres ein, als die Regierung Hitler-Hugenberg-Papen im gewohnten parlamentarischen Stil zu bekämpfen. Sofort beschlossen die Genossen, wie bei der SPD seit Jahren üblich, erst einmal gegen den neuen Kanzler im Reichstag einen Mißtrauensantrag einzubringen, was nun freilich selbst unter Vogels Kollegen einige Heiterkeit auslöste.

Dann aber machten sie sich mit allem Ernst an den Entwurf einer Erklärung, mit der sie die Haltung der Sozialdemokratischen Partei zu Hitlers Regierung, dieser „reaktionären großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration“, fixierten. Aufruf zum Widerstand gegen die braunen und schwarz-weiß-roten Republikfeinde, Appell zu Massendemonstrationen für die Demokratie? Die Texter dachten nicht daran. Sie riefen die Adressaten („Arbeitendes Volk! Republikaner!“) zu Ruhe und Besonnenheit auf. Kernsatz ihrer Erklärung: „Kaltblütigkeit, Entschlossenheit,

Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!“

Als Breitscheid am Nachmittag in „einer der sinn- und zwecklos gewordenen Fraktionssitzungen“, wie sie der bayrische SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner empfand, dem parlamentarischen Fußvolk die Haltung der Partei erläuterte, da mochten ihm die teils erregten, teils enttäuschten Gesichter verraten, daß die Fraktion von ihrer Führung eine andere, eine härtere Reaktion erwartet hatte. Breitscheid aber versicherte immer wieder, die Partei müsse abwarten, sie dürfe ihr Pulver nicht vorzeitig verschießen. Es war die Parole, die er am nächsten Tag auch offiziell ausgab: „Bereit sein ist alles!“

Da drangen am frühen Abend durch die Fenster des Reichstagsgebäudes diffuse Geräusche: Tausende von Berlinern zogen durch die Straßen in Richtung der Prachtstraße „Unter den Linden“, hin zur Wilhelmstraße – aufgerufen von dem nationalsozialistischen Gauleiter Joseph Goebbels, der bereits 25 000 SA-Männer zu einem noch nie dagewesenen Propagandamarsch mit Fackeln und Marschmusik mobilisiert hatte, dem sich auch Einheiten des „Stahlhelm“, der deutschen nationalen Wehrorganisation, anschlossen. Die Nazis waren ihren Gegnern wieder einmal zuvorgekommen.

Hoegner bekam das zu spüren, als er in der Abenddämmerung mit seinen aus Bayern stammenden Fraktionskollegen zum Anhalter Bahnhof ging. „Zahllose Stahlhelmer und SA-Leute strömten gegen das Brandenburger Tor“, erinnert sich Hoegner. „Jugend, nichts als Jugend, ohne Bartflaum, frische Knabengesichter, hastig, eifrig, im Dienst“. Sie eilten zum Fackelzug, der an diesem Abend Hindenburg und Hitler dargebracht wurde. Leuchtende Helle kam von der Straße ‚Unter den Linden‘ her. Wir schlichen müde und zerschlagen von den Aufregungen dieser Tage im Dunkeln dahin. Nur rasch weg von Berlin, wir hatten hier nichts mehr zu suchen!“

Verblüfft und entsetzt beobachteten die Anhänger der alten republikanischen Ordnung, wie sehr es die Nationalsozialisten verstanden, Menschenmassen zu mobilisieren und mit immer neuen Parolen anzufeuern. Doch ein paar Republikaner hatten längst erkannt, daß der Spuk nicht freiwillig weichen werde. Hastig mobilisierten sie Gegendemonstrationen, um Hitler und Hugenberg nicht die Straße allein zu überlassen.

In einigen Städten formierten sich Demokraten aller Art zu Protestaktionen gegen die neuen Herren. Der Berliner Reichsbannerführer Hubertus Prinz zu Löwenstein war stolz darauf, daß zu der von ihm rasch angesetzten Kundgebung seines Ortsvereins Charlottenburg 2000 Menschen kamen, darunter viele Jugendliche. Löwenstein hielt eine kurze Rede. „Kameraden“, schrie er, „habt ihr begriffen, daß heute der Zweite Weltkrieg begonnen hat?“

Ähnlich dachten die vielen besorgten Republikaner, die in dieser Nacht nach Berlin fuhren, um die Führung der SPD und des ADGB zu einem geballten Abwehrschlag gegen Hitler und seine Regierung anzuspornen. Parteisekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, Führer des Reichsbanners – sie kamen aus fast allen Gegenden des Landes und riefen nach Taten. Die Parteizentrale in der Lindenstraße konnte sich der Flut von Telefonanrufen und Telegrammen kaum erwehren.

Jetzt war die Stunde da, auf die Partei und Gewerkschaft seit Jahren warteten. SPD und ADGB hatten schon lange den Machtantritt der Nazis vorausgesehen, und es war kaum eine Wahlkundgebung, kaum eine Demonstration in der letzten Zeit vergangen, auf der nicht Sprecher erklärt hatten, am Tage von Hitlers Kanzlerschaft werde die deutsche Arbeiterklasse nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern auch mit der Faust ihre Antwort erteilen.

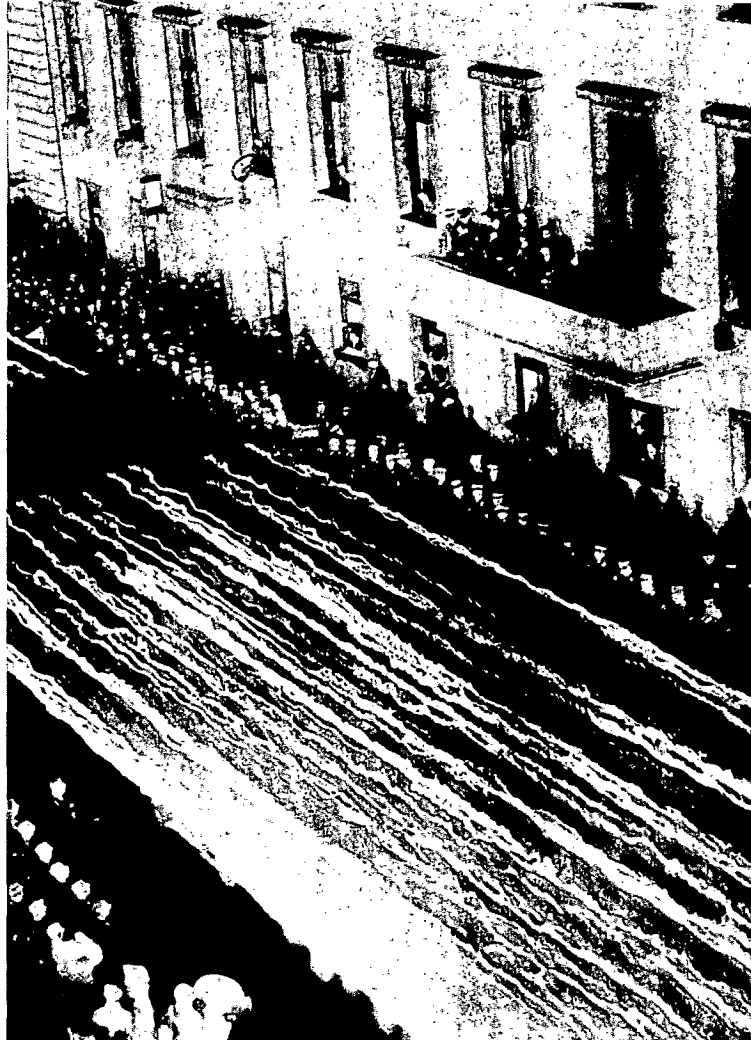
Schon 1932 hatte der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski öffentlich dazu aufgefordert, Hitler „mit der Hundedeutsche“ zu verjagen, und das Reichsbanner, noch wenig vertraut mit der Biographie seines Gegners, hatte proklamiert: „Hinaus endlich aus den Reichsgrenzen mit dem landfremden tschechischen Bastard, dem Aufwieglers Adolf Hitler!“

Keine Gruppe der deutschen Gesellschaft schien für den Widerstand gegen nationalsozialistische Usurpation besser gerüstet zu sein als die engagierten Republikaner. 3,5 Millionen Angehörige zählte die „Eiserne Front“, zu der sich SPD, ADGB und Arbeitersportorganisationen Ende 1931 zusammengeschlossen hatten. Seit Monaten galt in ihren Reihen die Kampfparole: „Heute marschieren wir, morgen schlagen wir!“

Den harten Kern der Eisernen Front bildeten die 250 000 Mann der Schutzformationen, kurz „Schufo“ genannt, eine militante Elitetruppe des Reichsbanners, deren Angehörige mit ihren Grünhemden, Schulterriemen, blauen Mützen und schwarzen Breecheshosen kaum verbargen, daß sie von der verhassten SA gelernt hatten.

Die Gründung der Schufo ging auf führende Sozialdemokraten zurück, die Mitte 1931 beschlossen hatten, ein System von Widerstandsorganisationen für den Fall zu schaffen, daß die Nationalsozialisten die Macht an sich reißen würden. Die Zentrale in der Lindenstraße legte ein Funknetz an, dem alle 33 Bezirksorganisationen der Partei angeschlossen wurden – gesteuert von einer Sendestation, die in einem Blockhaus auf einer Havelinsel bei Berlin untergebracht war.

Zugleich mietete die Parteizentrale in Berlin konspirative Wohnungen und geheime Ausweichquartiere für den illegalen Kampf; auch wurde eine geheime Wachtruppe aufgestellt, die Pistolen,



SA-Fackelzug am 30. Januar 1933: „Jugend, nichts als Jugend“

Karabiner und Maschinengewehre erhielt und den Auftrag hatte, das Haus der Parteiführung gegen einen Überfall des nationalsozialistischen Gegners zu schützen.

Konfidenten des SPD-Vorstandes reisten durch das Land und regten bei örtlichen Parteistellen an, Widerstandszellen zu bilden und Alarmeinheiten aufzustellen.

Die Schufo waren die eigentlichen Bürgerkriegstruppen der SPD. Unter der Leitung Karl Hötermanns, des Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, hatten die Schutzformationen das militärische Einmaleins gelernt; Instrukteure der Polizei – damals noch weitgehend in der Hand republiktreuer Offiziere – hatten die Schufo für den Kampf im Gelände und für den Häuserkampf gedrillt. Regelmäßige Felddienstübungen, Ausbildung an Gewehr und Maschinengewehr, Sanitärlehrgänge und Politikurse härteten die Schufo für die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Selbst Krankenstuben für Verwundete und Verpflegungsstationen für die kämpfende Truppe gab es bereits.

Es fehlte auch nicht an Einsatzplänen und ausgeklügelten Alarmsystemen. Ein Einsatzplan für den Parteibezirk Magdeburg sah beispielsweise vor, nach einem Putsch oder einer anders gearteten Machtergreifung der Nazis alle Eisen-

bahnknotenpunkte zu besetzen, Bahnstrecken und Straßen zu blockieren, Brücken zu sprengen und Telefonverbindungen zu kappen. Die Schufo-Einheiten sollten in kürzester Zeit losschlagen können.

In Berlin lagen schon die Alarmbefehle bereit, in die nur noch die Uhrzeit eingetragen werden mußte, und in Hannover war jeder Schufo-Hundertschaft ein geheimer Sammelplatz zugeordnet, zu dem die Männer ohne Abzeichen und mit verdeckter Windjacke eilen sollten, sobald Hornsignale zum Einsatz riefen.

Nur mit der Bewaffnung wollte es nicht so recht klappen, denn der Parteivorstand der SPD, immer etwas mißtrauisch gegen Hötermanns „Soldatenspielerlei“, hatte den Schufo verboten, sich Waffen zu beschaffen. Wels hoffte, im Ernstfall werde die Schutzpolizei den Verteidigern der Republik ihre Waffen-depots öffnen. Hötermann hielt das für eine Ausflucht nervenschwacher Parteifunktionäre und ließ zu, daß sich die Schufo-Leute auf eigene Faust Waffen besorgten. So besaß die Elitetruppe der Demokratie schließlich wenigstens Pistolen, in einigen Fällen auch Karabiner, die meist aus Beständen der Schutzpolizei stammten.

Schufo und Reichsbanner waren so straff organisiert, daß Hötermann und seine Unterführer nicht länger zögern wollten, die Kampfverbände einzusetzen.

zen. Der Schock des 30. Januar 1933 hatte die republikanischen Selbstschutzorganisationen zu hektischer Aktivität provoziert: Die ersten Alarmbefehle für die Widerstandskader wurden hinausgeschickt, die Einheitsführer rissen die ihnen schon früher zugegangenen versiegelten Instruktionen auf, alles wartete auf den entscheidenden Befehl zum Einsatz.

Derweil kamen Höltermanns geheime Sendboten kaum noch aus den Kleidern; sie beschafften Waffen aus den Gewerfabriken in Suhl und Zella-Mehlis und dirigierten die meisten Waffentransporte nach Augsburg, Nürnberg, Magdeburg und Hamburg.

In Gewerkschaftskreisen beriet man bereits Pläne für einen Generalstreik, und in einigen Fabriken probten die „Hammerschaften“, die militanten Betriebskampfgruppen des ADGB, den

sitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beteuerte: „Wir brauchen nur auf den Knopf zu drücken, dann steht alles still.“

Einen Augenblick lang überlegten die Vorstandsgenossen der Sozialdemokratischen Partei noch einmal, ob sie versuchen sollten, die Kommunisten für eine gemeinsame Anstrengung gegen die Nazis zu gewinnen. Einen Tag zuvor hatte die KPD-Führung Walter Ulbricht zum SPD-Vorstand mit dem Angebot geschickt, gemeinsam einen Generalstreik aller kommunistisch-sozialdemokratischen Kräfte zu unternehmen; in Lübeck war es bereits zu einem Streik gekommen.

Doch die Führung der SPD lehnte ab, nicht zuletzt deshalb, weil die KPD (wie schon in den vorangegangenen Verhandlungen, die Stampfer mit dem Segen der

gel an die KPD zu verlieren. So war die SPD-Führung auch jetzt nicht geneigt, auf die Bündnisofferte der Kommunisten einzugehen.

Als sich der Parteiausschuß der SPD am 31. Januar mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der Eisernen Front traf, war wiederum die Rede von dem „Bereitmachen für die Aktionen, die sehr rasch notwendig werden können“. Keiner wollte sich an Einsatzbereitschaft vom anderen übertreffen lassen. Graßmann und sein Kollege Wilhelm Stähr erklärten sich solidarisch mit jedweder „Aktion“ der Partei: „Wenn Ihr ruft, sind wir da!“ Auch Vogel war sich ganz sicher: „Es wird ein Signal gegeben werden.“

Doch das Signal kam nicht.

Denn inzwischen war der Mann nach Berlin zurückgekehrt, der von jeher Ak-



Kampftruppe des republikanischen Reichsbanners in Magdeburg: „Heute marschieren wir, morgen schlagen wir!“

Aufstand gegen Hitler. Auch in Hamburg stellten sich die Genossen auf Bürgerkrieg ein: Eben waren die Maschinengewehre eingetroffen, die zum Schutz des Parteihauses der SPD und der örtlichen ADGB-Zentrale in Stellung gebracht wurden.

Angesichts eines solchen Kampfeifers mochten die Führer von Partei und Gewerkschaft nicht zurückstehen, verfliegen schien ihre anfängliche Resignation. Selbst die Spitzenfunktionäre des ADGB, die noch im vorigen Jahr, bei dem Staatsstreich des Kanzlers von Papen gegen die rechtmäßige preußische Regierung, das Reichsbanner an einer Gegenaktion gehindert hatten, fanden nun mutige Worte.

Der Eisenbahngewerkschafter Hans Jahn erklärte, bei einem Generalstreik werde keine einzige Lokomotive ausfahren, und Peter Graßmann, Zweiter Vor-

sowjetischen Botschaft geführt hatte) nicht jenen „Nichtangriffspakt“ abschließen wollte, von dem die SPD ein Aktionsbündnis zwischen den beiden bisher verfeindeten Parteien abhängig machte: Die Kommunistische Partei Deutschlands sollte sich verpflichten, ihre Haßagitation gegen die angeblich „sozialfaschistische“ SPD-Führung einzustellen.

Das war eine der großen Schwächen der Demokratie gewesen: der Bruderkampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Jeder betrachtete den anderen als einen schlimmeren Feind denn die Nazis. Die KPD erging sich in inhaltslosem Revolutionspathos und bekämpfte die SPD als angeblichen Schrittmacher von Reaktion und Faschismus, während sich die SPD-Führung mit lautem Antikommunismus gegen Links abriegelte, um nicht den ganzen Linksflü-

tionsplänen des Reichsbanners skeptisch gegenüberstand: Otto Wels. Zwar ging ihm das Gerücht voraus, er habe aus der Schweiz kurz vor dem 30. Januar Vogel angerufen und verlangt, ein Generalstreik müsse Hitler den Weg in die Reichskanzlei verbauen, doch jetzt wollte er von ebendiesem Generalstreik nichts mehr hören. Alle anderen Pläne aber, zumal jene aus der Ecke des „Phantasten“ Höltermann, hielt er für dilettantisch.

Wels konnte nicht darüber hinwegsehen, daß sich die Lage drastisch verändert hatte: Bis zum Amtsantritt Hitlers war die Partei davon ausgegangen, daß die Polizei auf ihrer Seite stehen würde, wenn es galt, die Republik vor einem putschistischen Zugriff der Nazis zu schützen. Nun aber stand der gesamte Polizeiapparat unter der Kontrolle Hitlers, der immerhin legal in sein Amt

gelangt war. Schlimmer noch, die Reichswehr hielt ebenfalls zu ihm (und SA und Stahlhelm gab es auch noch). Mit ein paar Pistolen, Gewehren und MG gegen Reichswehr, Polizei, SA und Stahlhelm zu kämpfen – das war nicht zu verantworten.

Zudem waren Wels, Breitscheid und die anderen SPD-Führer viel zu überzeugte Demokraten, als daß sie die Frage nach der Legitimität eines Gewaltstreiches gegen die neue Regierung ignorieren konnten. Hinter Hitler standen elf Millionen Wähler, die noch immer die NSDAP (trotz des Rückschlags im November 1932) zur stärksten Partei Deutschlands machten; zusammen mit Hugenburgs DNVP verfügte die Partei über fast die Hälfte aller Reichstagsmandate, die SPD hingegen nur über ein Fünftel.

Im Grunde war der Reichstag unhaltbar. Der Preuße Braun meinte, mit diesem Parlament könne doch kein Kabinett regieren, da gehe es nur noch um die Diktatur. Wenn es aber noch einen Parteiführer gab, der – rein rechnerisch – eine Mehrheit im Parlament zustande bringen konnte, dann war es Hitler. Der Reichskanzler hätte leicht über die absolute Mehrheit im Reichstag verfügen können, wäre er auf das Koalitionsangebot des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, die nur allzugern mitregieren wollten, eingegangen.

Doch Hitler hatte einen anderen, für ihn ungemein typischen Weg eingeschlagen: Er hatte sofort den Reichstag auflösen und für den 5. März Neuwahlen ausschreiben lassen, denn nur durch ein nochmaliges Aufputzen aller Leidenschaften und Instinkte der Massen konnte Hitler hoffen, die Alleinherrschaft der NSDAP zu erreichen und dem Land seinen Willen aufzuzwingen.

Die Demokratie-Formalisten an der Spitze der SPD aber konnten an Neuwahlen nichts Schlimmes finden; die Partei von Bebel und Ebert, die ihre ganze Existenz und Größe dem Kampf um Wählerstimmen verdankte, konnte nicht plötzlich gegen Wahlen sein.

Solange sich Hitler, dies die einfache Logik der SPD-Führung, an die Verfassung hielt, durfte die Partei keine außerparlamentarische Aktion unternehmen; sie würde der Partei nur schaden, ja Hitler den Vorwand dafür liefern, das zu beginnen, was die Sozialdemokratie unter allen Umständen verhindern wollte – die Zerstörung der Verfassung. So stand es schon in der Abendausgabe des „Vorwärts“ am 30. Januar: „Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserner Front mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun.“

Auch konnte die Parteiführung nicht ausschließen, daß es der Wille einer Mehrheit des deutschen Volkes sei, diesen Hitler zu wählen, und gegen den

Volkswillen mochte sich kein echter Sozialdemokrat auflehnen. „Wenn diese Regierung“, schrieb die „Reichsbannerzeitung“, Höltermanns Verbandsorgan, „eine Mehrheit bekommt, hat das Volk nach demokratischen Gesichtspunkten entschieden.“

Das war gut demokratisch gedacht, es enthielt gleichwohl den katastrophalen Irrtum, der die SPD und die letzten Hilfstuppen der Demokratie ins Unglück stürzen sollte. Denn Wels und seine Freunde verkannten die innerste Natur des Mannes, gegen den sie antraten: Hitler war entschlossen, jede Chance zum Abbau von Demokratie und Rechtsstaat zu nutzen und mit unverhülltem Straßenterror den politischen Geg-



Reichsbannerführer Höltermann, Genossen
Von der SA gelernt



SPD-Vorsitzender Wels
Generalstreik gegen Hitler abgelehnt

ner zu bekämpfen und zu behindern, noch ehe die Stimmzettel in die Wahlurnen fielen.

Eine solche Argumentation aber hätten die Führer von SPD, ADGB und Eiserner Front gar nicht verstanden, war doch ihr Hauptaugenmerk mitnichten

auf Hitler gerichtet. Der Kampf dieser Republikaner galt weniger dem Führer der Nazis und den braunen Bataillonen, sie fochten an gegen den vermeintlichen Möchtegern-Diktator Hugenburg, gegen die feinen Leute vom Herrenklub, gegen „die Reaktion“.

Hitler aber? Der war nur, so hatte Breitscheid am 31. Januar vor dem Parteiausschuß doziert, ein Gefangener der Reaktionäre und Militärs, bewacht von „mehreren Aufpassern des Reichspräsidenten im Kabinett“, die Auftrag hätten, Hitler „Schrannen zu setzen und Fesseln aufzuerlegen“.

Die Reaktion, das wußte Breitscheid ganz genau, habe „ihre letzte Karte ausgespielt“ und „die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt“, doch diese Karte werde nicht stechen. Folglich bestand kein Grund zu übermäßiger Sorge. Wie es Grzesinski formulierte: „Wir sind mit Bismarck und Wilhelm fertig geworden, wir werden auch mit der Reaktion von heute fertig.“

Was konnte ihnen schon passieren? Gewiß, eine neue Sozialistenverfolgung im Stil der alten unter dem Eisernen Kanzler war zu befürchten, doch schon die Hexenjagd im Kaiserreich hatte die Arbeiterbewegung mit Bravour überstanden. blieb die Erkenntnis des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart, es werde wohl alles auf „eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne“ hinauslaufen. Aber das schockierte den Gewerkschafter nicht; schließlich wisse „die deutsche Arbeiterschaft, daß auf eine Periode sozialen

Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können“.

So schickte die SPD-Führung Partei, Gewerkschaft und Selbstschutzorganisationen in den Wahlkampf, den sie mit gewohnter Effizienz bestritten. Das Reichsbanner, in dem auch linksliberale Demokraten und Angehörige der Zentrumsparlei mitmarschierten, sicherte die Massenkundgebungen ab, die die Eiserne Front überall in der Republik veranstaltete, und zahllos waren die Aufmärsche der Demokraten, die gegen Reaktion und Faschismus demonstrierten. Selbst Nationalsozialisten mußten erkennen, daß der Elan der demokratischen Arbeiterbewegung ungebrochen war.

Doch bald merkten die Organisatoren der SPD, daß dies kein normaler Wahlkampf mehr war. Stoßtrupps der SA störten systematisch die Wahlkundgebungen der Partei, SPD-Funktionäre wurden auf offener Straße von SA-Männern, die jetzt als „Hilfspolizisten“ figurierten, überfallen, und es gab nun allmählich keine SPD-Kundgebung mehr, in der nicht Polizisten auf jedes Wort der Redner aufpaßten und sofort einschritten, wenn sie glaubten, eine „staatsfeindliche“ Äußerung gehört zu haben.

Viele Kundgebungen der SPD mußten in geschlossene Säle verlegt werden, um den SA-Rollkommandos ihre Störaktionen zu erschweren, wie umgekehrt die SPD-Führung die Genossen dazu anhielt, keine NS-Kundgebungen zu besuchen. Begründung: „Es kann zu Schlägereien kommen, wie das bei den Nazis üblich ist, und das wollen wir nicht . . . Füllt den Nazis nicht die Säle! Dazu sind wir nicht da.“

Trotz des wachsenden Terrors der Nationalsozialisten ließen sich die Wahlorganisatoren der SPD nicht einschüchtern. Der Eiserne-Front-Redner Fritz Solnitz rief den Teilnehmern einer Kundgebung in Lübeck zu: „Seid ihr ein zusammengelaufener Haufen, der auseinanderströmt, wenn der erste Schuß fällt? Das Gegenteil ist wahr!“

Immer wieder spornten führende Sozialdemokraten ihre Anhänger zum Kampf für die Erhaltung der Republik an; die Sprecher der Partei riefen ihre Wähler und Freunde auf, Bekennermut und Standhaftigkeit zu zeigen. Der Lübecker „Volksbote“ sekundierte: „Nicht ohne Opfer werden wir unser Ziel erreichen. Die Soldaten der Republik wissen, wofür diese Opfer gebracht werden müssen.“

Der Opfergang wurde immer mühsamer. In Preußen verboten die Behörden auf Tage hinaus SPD-Zeitungen wegen angeblicher staatsgefährdender Veröffentlichungen, und der Schock des Reichstagsbrandes, sofort den Kommunisten zur Last gelegt, war für Hitler willkommener Anlaß, die Grundrechte der Bürger außer Kraft zu setzen. Tausende von KPD-Funktionären wurden verhaftet, wobei auch gleich mancher



Partner Hugenberg, Hitler, von Papen*: „Hitler – ein Gefangener der Reaktionäre“

Sozialdemokrat verschwand, verschleppt in eine jener Prügelstätten in Kellern und Garagen, in denen SA-Männer „Marxisten“ auf übelste Art quälten.

Wen will es wundern, daß in einer solchen Atmosphäre des Terrors und der Furcht bei den Wahlen am 5. März ein paar Tausende alter SPD-Wähler den Urnen fernblieben? Gleichwohl erzielte die Partei einen respektablen Erfolg; ein einziges Mandat ging ihr verloren, ihre Stellung blieb unerschüttert. Auch die Zentrumsparlei und die Bayerische Volkspartei hielten ihre Stellungen.

Das änderte freilich nichts am Wahlsieg der Nationalsozialisten: Die Partei Hitlers hatte zwar nicht die heißersehnte absolute Mehrheit erhalten, wohl aber noch einmal fast sechs Millionen Stimmen hinzugewonnen – genug, um sich gemeinsam mit der DNVP eine Reichstagsmehrheit zu sichern.

Inmitten des Triumphgeschreis der „nationalen Revolution“ aber hatte die Sozialdemokratische Partei noch einmal eine Sternstunde, die unvergessen bleibt. Es war der 23. März 1933, der Tag, an dem der in die Krolloper verlegte Reichstag über das Ermächtigungsgesetz abstimmen sollte, mit dem Hitler auf vier Jahre diktatorische Vollmachten für sich und seine Regierung verlangte.

Die Lage der Partei war trostlos: Die Zentrale in der Lindenstraße hatte fast alle ihre Verbindungen zu den Bezirksorganisationen im Land verloren, eine Welle von Austrittserklärungen überspülte die Partei. Zudem war die Sozialdemokratie einiger ihrer besten Köpfe beraubt – Braun in die Schweiz geflohen,

Wilhelm Sollmann von Nazis schwer mißhandelt, Carl Severing verhaftet, Julius Leber beim Betreten des Reichstags in Fesseln abgeführt. Die hysterischen Sprechchöre der SA-Männer in den Gängen der Krolloper bedrohten jeden, der sich gegen Hitler stellen wollte.

Da erhob sich Otto Wels und begann, mit Hitler abzurechnen. Die Regierung, erklärte er, könne zwar Sozialdemokraten wehrlos, aber nicht ehrlos machen. Wels: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser historischen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz kann Ihnen die Macht geben, Ideen zu zerstören, die ewig und unzerstörbar sind.“

Hitler war so verblüfft, daß er alle Haltung verlor. Er sprang auf und zeterete los: „Sie werden nicht mehr gebraucht! . . . Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ihre Stunde hat geschlagen.“

Wie staunten aber die Freunde von Wels, als der Mann, der eben noch dem Regime eine schneidende Abfuhr erteilt hatte, im Interesse des gleichen Regimes ins Ausland fuhr, um sozialistische Bruderparteien und deren Medien zur Mäßigung ihrer „Greuelpropaganda“ (NS-Jargon) gegen das neue Deutschland zu bewegen!

Auch andere Spitzenfunktionäre der SPD reisten in andere Länder, um „dort aufklärend zu wirken“, wie der Hitler-Paladin Göring das nannte: Stampfer besuchte Prag und Wien, Paul Hertz tauchte in Kopenhagen auf – mit Sonderpässen, die ihnen Göring beschafft hatte. Als jedoch die Sozialistische Arbeiter-Internationale ihre heftigen Attacken auf Hitlers Regime nicht einstellte, er-

* Bei der Premiere des von Hugenbergs Ufa produzierten U-Boot-Films „Morgenrot“ am 2. Februar 1933; in der zweiten Reihe: Göring und Heß.

klärte Wels seinen Austritt aus der Organisation, was er freilich später nur als eine „persönliche“ Geste gedeutet wissen wollte.

In Wahrheit war es der Beginn einer Politik der Anpassung, die die SPD in immer heiklere Situationen bringen mußte. Nach und nach bröckelte die antifaschistische Position der Sozialdemokratie ab: In Landtagen und Stadträten trennten sich „deutsch-sozialistische“ Gruppen von der Partei, Ende März sagte sich der ADGB von der SPD los und feierte den eben von Hitler zum „Feiertag des deutschen Volkes“ erklärten 1. Mai als einen „Tag des Sieges“.

Die große Tat der Sozialdemokratie, das Nein gegen das Ermächtigungsgesetz, zerfaserte in der Anpassungstaktik der einzelnen SPD-Landtagsfraktionen, die das Gesetz, wie der Historiker Erich Matthias urteilt, „ablehnten, aber dabei mit beschwichtigenden Erklärungen, die fast wie Entschuldigungen klangen, um gut Wetter baten“.

Am Ende stimmte sogar die Reichstagsfraktion für die Außenpolitik Hitlers, kurz bevor die Partei verboten wurde. Doch da war die deutsche Sozialdemokratie „keine gesellschaftliche Kraft mehr, sondern ein auseinanderfallender Kadaver . . . der Untergang, die Kapitulation der sozialistischen Idee“, wie sich ein führender Berliner Jungsozialist 1934, bereits im Untergrund, notierte.

Die alte Partei war tot, doch der Schock wirkte noch lange nach. Für jeden Sozialdemokraten, aber nicht nur für ihn, blieb die nationalsozialistische Machtergreifung, so ein anderer SPD-Funktionär, „ein Erlebnis, das ihn sein ganzes weiteres Leben niemals verlassen wird. Wie oft haben wir von jungen Genossen gehört: ‚Und wenn ich ein Greis werde, das vergesse ich nicht!‘“

Im Exil und in der Illegalität begann eine hektische Suche nach den Schuldigen der Katastrophe und den Ursachen des Untergangs. Der nach London geflohene Höltermann, um seine „Aktion“ gebracht, klagte sogleich die „entnervten und kurzsichtigen Bürohengste“, die „geistig-korrupten Weichlinge“ im Parteivorstand an, andere sahen im Rechtskurs der Partei die eigentliche Ursache des Unglücks; die meisten deuteten auf Wels, was der nun freilich „ebenso dumm wie verlogen“ fand.

Immer dringlicher stellte sich die Frage, wie es gekommen war, daß eine der größten Arbeiterbewegungen der Welt dem Nationalsozialismus erlegen war, wie es passieren konnte, daß eine scheinbar moderne Demokratie nahezu widerstandslos zusammengebrochen war. Die Fragen bohren, seit Hitler vor 50 Jahren seine Herrschaft errichtete. Seither ist

ein schier unübersehbarer Strom historiographischer Arbeiten erschienen, die Antwort geben wollen. Ihre Resultate sind so vielfältig wie die Zahl ihrer Autoren. „Versailles und Moskau“, sagte der alte Braun knapp, als er gefragt wurde, wer an dem Untergang der Weimarer Republik schuld sei. Der Hitler-Forscher Konrad Heiden wiederum ent-



SA im Wahlkampf, März 1933: In einer Atmosphäre des Terrors und der Führersehnsucht . . .

Wir haben das Wählen satt!

Durch 14 Jahre sind wir von Wahl zu Wahl gegangen, die Parteien, die in die Regierung kamen, erfüllten die Hoffnungen, immer mehr von uns verdrängten schließlich darauf, überhaupt noch zur Wahl zu gehen. Eine neue und letzte Hoffnung ist durch

Hitlers Reichskanzlerschaft

ein außergewöhnlicher Wille und ein außergewöhnliches Können ein ehrliches Wollen

und nicht zuletzt: diesem Mann aus dem Volk seinen Anteil am politischen Leben zu geben, das die Nation zu führen hat. Nach allem was ausnahmslos ein jeder von uns mitbekommen hat, um dem Mann die Stimme zu geben, den das Schicksal uns beschickte, in dem es ihm einen Weg zeigte, den wir sonst nie in der Geschichte, vom ersten Kaiser bis zum letzten Kaiser, gesehen hätten.

Wer diesem nicht zur Wahl geht, hat es verdient, daß sein eigenes Schicksal nicht besser wird als es ist, und daß er wieder immer der selbe bleibt!

Hitler hat seine großen Ziele erreicht! Seine Ziele sind: Freiheit und Ansehen für die deutsche Nation in der Welt • Soziale Gerechtigkeit

Für jeden Einzelnen des deutschen Volkes, auf daß die gemeinsamen Interessen über alle Gegensätze hinweg zum Wohle der Gesamtheit und des Einzelnen erfolgreich vertreten werden können.

Wir wählen Hitler auf Liste 1

Ein Nichtwähler für Millionen Andere.

Wahlplakat der NSDAP
... sechs Millionen Stimmen dazugewonnen

deckte, die Schuldigen seien die traditionellen Nichtwähler gewesen, die sich von den Nazis hätten mobilisieren lassen, und ein CDU-Kultusminister fand, die Nationalsozialisten seien durch die Jugend an die Macht gekommen.

Immer länger wurde die Liste der Verursacher: Die Weltwirtschaftskrise war schuld gewesen, der alte Obrigkeitsstaat, ein unausrottbarer Militarismus, die Unfähigkeit der Parteien und natürlich „der Dämon“, wie ihn der Historiker Michael Freund gleichsam als Schlüsselbegriff einer ganzen Literatur nannte – Hitler.

Jüngere Historiker dagegen, die des Deutschen Vorliebe für Hinterzimmerstorys kennen, verlegten sich mehr auf Verschwörerisches. Axel Kuhn sah einen Kreis um den Fabrikanten Wilhelm Keppler als eine Art Kommandostand des Unternehmens „Machtergreifung“, während andere den Herrenklub bevorzugten und



NS-Gegner in einem Folterkeller der SA, Frühjahr 1933: Kommunisten und Sozialdemokraten waren die ersten Opfer

wiederum andere einen Kreis um die Zeitschrift „Die Tat“. Ein buntes Bestiarium von Schuldigen kam da zusammen: Schwerindustrielle, Generale, Kleinbürger – sie alle sollten fleißig am Untergang der Weimarer Republik mitgewirkt haben.

Doch solche Erklärungsversuche, wie nützlich und reizvoll sie im einzelnen sein mögen, greifen zu kurz. Erst die Ergebnisse einer in den letzten Jahren vertieften Sozial- und Strukturforschung machen es heute möglich, die Geschichte der nationalsozialistischen Machtergreifung aufzuschreiben. Es ist eine Geschichte der menschlichen Irrtümer und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, eine Geschichte der Zufälle und Automatismen.

Es ist die Geschichte einer Demokratie ohne Demokraten, eines Parteienstaates, der keiner sein wollte. Manches wirkt heute nur allzu bekannt: der Abfall der Jugend vom Staat, die mangelnde Kompromißfähigkeit der gesellschaftlichen Gruppen, die Verkrustung der Parteien – Hinweise darauf, daß George Santayanas Wort nie so aktuell war wie heute: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.“

Die Deutschen hatten nicht viel Glück mit der Demokratie gehabt, die ihnen 1918 im Schatten der militärischen Niederlage in den Schoß gefallen war. Kaum einer glaubte an diese Demokratie; nicht einmal die Sozialdemokraten, die von einer feindseligen Propaganda, meist zu Unrecht, mit ihr identifiziert wurden, liebten sie so ganz von Herzen, hatten sie doch eine sozialistische Demokratie gewollt, nicht die „bürgerliche“, die sie dann bekommen hatten.

Gewiß, es hatte 1918/19 eine demokratische Revolution gegeben, aber sie war ins Leere gestoßen; die alte Monarchie

stellte sich nicht zum Kampf, sie brach einfach lautlos zusammen, von niemandem verteidigt. Nur die meisten ihrer gesellschaftlichen Strukturen blieben erhalten, wodurch die vielen Probleme, mit denen der Kaiserstaat nicht fertig geworden war, in die Republik eingeschleppt wurden, verschlimmert noch durch die Folgen und Lasten des verlorenen Krieges.

So war eine politisch-soziale Welt entstanden, die unsicher und desorientiert auf Wunder wartete: eine Industriegesellschaft, die nicht erwachsen werden wollte, im Klassenkampfdenken erstarrte Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, eine im Kaiserreich geprägte Generation politischer Honoratioren und Funktionäre, ein in seinem Selbstbewußtsein tödlich getroffener Mittelstand, eine wettbewerbsfeindliche Industrie, eine Landwirtschaft, die an Überproduktion und Übervölkerung litt, eine sich aus den Traditionsreserven der Monarchie nähende Bürokratie.

Dazu jene beiden Mächte, die betont Distanz zur Republik hielten und ihr schließlich zum Verhängnis wurden – das Militär, seines monarchischen Bezugspunktes beraubt, gleichwohl weiterhin der vorindustriellen Welt verhaftet und immer auf der Flucht vor der politischen Wirklichkeit, und eine Jugend, die keinen Sinn für den kleinbürgerlichen Tugendkatalog der „Alten“ hatte und sich in ihrer Sehnsucht nach Veränderung und Gemeinschaftserlebnis nicht verstanden fühlte.

Hatte die Republik überhaupt je eine Chance zum Überleben gehabt? Wer auf Walther Rathenaus Diktum baut, daß die Wirtschaft „unser Schicksal“ sei, wird die Frage verneinen müssen.

Selten war eine Demokratie durch ihre wirtschaftlichen Grundfakten so eindeu-

tig zum Scheitern verurteilt wie diese: Die von den Weltkrieg-I-Siegern auferlegten Reparationsleistungen, der Verlust von Exportmärkten, die Erschöpfung von Industrie und Rohstoffen, die mangelhafte Kapitalbildung, die durch die deutschen Gebietsverluste bewirkten Produktionseinbußen, die erhöhten Risiken auf dem Geld- und Kreditmarkt – mit solchen Fesseln und Behinderungen konnte kein Land wirtschaftlich gesunden.

Deutschland war weit mehr als vor dem Krieg vom Export abhängig, doch die Exportquoten lagen in den zwanziger Jahren niedriger als jene in der Zeit vor 1914. Im Vergleich zur Kaiserzeit wurde weniger investiert, das wirtschaftliche Wachstum fiel nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlers Knut Borchardt „geringer aus, als man es nach den erheblichen Wachstumsverlusten der Kriegs- und Nachkriegszeit hätte erwarten können“.

Dabei bedurfte Deutschland dringend der Steigerung seiner Industrieproduktion, denn es mußte nach dem Krieg mit geringerer Industriekapazität und einem verkleinerten Raum bei vermehrter Bevölkerung produzieren; durch Versailles hatte es 7 Prozent seiner Industrieunternehmen verloren, ferner 75 Prozent der Eisenerzgewinnung und 26 Prozent der Bleierzzeugung eingebüßt.

Als dann auch noch die Kapitalströme aus dem Ausland geringer wurden, traf es voll den deutschen Arbeiter. Das Arbeitslosenproblem wurde zum Krebsgeschwür der Republik. In keinem Jahr seit 1926 war „die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl unter 1,3 Millionen ermittelt worden, nicht einmal im Spitzenjahr des Produktionszuwachses 1927“ (Borchardt).

Auch die Landwirtschaft konnte ihrer Probleme nicht Herr werden. Sie kam

aus ihrem selbstmörderischen Kreislauf nicht mehr heraus: zu mächtige Grundbesitzer vor allem im Osten, die sich mit allen Mitteln gegen die Rationalisierung ihrer unrentabel arbeitenden Güter wehrten, westlich der Elbe zu viele Kleinbauern, die den Wettbewerb mit der Einfuhr aus Übersee nicht bestehen konnten, und dazu die existenzzerstörende Kluft zwischen den Einkommen der Beschäftigten beider Wirtschaftszweige.

Kaum einer zeigte der Landwirtschaft einen Ausweg aus ihrer Sackgasse. Nicht einmal an eine gründliche Verbesserung der Infrastruktur der ostdeutschen Landwirtschaft wurde gedacht.

Hier offenbarte sich eine Unbeweglichkeit, die auch schon auf andere Bevölkerungsschichten übergreifen hatte. Sie entlud sich in einer bitteren Verneinung der Industriegesellschaft – so etwa bei den Einzelhändlern, die dem harten Konkurrenzdruck durch Einheitspreisgeschäfte und Warenhäuser oft nicht gewachsen waren.

Die einflußreichen Angestelltengewerkschaften kämpften gegen die Konkurrenz der Arbeiter, von denen sie eine „Deklassierung“ ihrer Klientel befürchteten, und gegen die rücksichtslosen Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen.

Und doch wären die Probleme im Laufe der Zeit lösbar gewesen, hätte die Republik über energische Politiker und risikofreudige Parteien verfügt. Aber in diesem „stillschweigenden System der Verantwortungsfucht, der Neutralisierung der politischen Verantwortung“, das dem liberalen Politiker und Volkswirtschaftler Alexander Rüstow als ein Kernstück der Weimarer Demokratie erschien, gediehen nur tüchtige Verbandssekretäre und verdiente Honoratioren, die sich nicht gerade in das Scheinwerferlicht der kritischen Öffentlichkeit drängten.

Die Parteien waren reine Klassen- und Interessenparteien, ihren Führern ging es denn auch nur um die Sache der eigenen Klientel. Waren sie an der Regierung und in Gefahr, wegen einer unpopulären Politik das Vertrauen ihrer Klientel zu verlieren, so schiedenen sie lieber aus dem Kabinett aus, als daß sie ihre Gefolgschaft irritierten. Beteiligung an einer Regierung war für eine Partei keineswegs immer ein erstrebenswertes Ziel; sie galt oft nur als ein Mittel, die gefährdeten Interessen der Partei vor anderen Konkurrenten im Kampf um die Macht zu schützen.

Die SPD beispielsweise konnte sich nie darüber einig werden, ob die proletarischen Interessen nun in der Opposition oder in der Regierung besser zu vertreten seien; um Schlimmeres im Sinne der Partei zu verhüten, ging die SPD dann gelegentlich in die Regierung, als eine „negative Regierungspartei“, wie der Linkssozialist Paul Levi das nannte. Stolper erkannte: „Es gibt überhaupt keine

Regierungsparteien, es gibt nur Oppositionsparteien.“

Die deutschen Parteien hatten nie gelernt, politische Verantwortung zu üben. Im Obrigkeitsstaat Bismarcks und Wilhelms II. waren sie von Regierungsmacht und Exekutive ausgeschlossen gewesen. In den Hinterzimmern der Macht wirkten allerdings einige von ihnen mit und beteiligten sich an den Partei- und Stimmblöcken im Reichstag, ohne die selbst die parlamentarisch nicht verantwortlichen Kanzler des autoritären Kaiserreiches nicht regieren konnten.

Bismarck brachte den Parteien eine schreckliche Lektion bei, die sie nicht

im monarchischen Obrigkeitsstaat lange Zeit einen schweren Stand gehabt hatten. Das war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), eine klassenbewußte Partei, gestützt auf die nichtkatholische Arbeiterschaft einschließlich der sozialistischen Gewerkschaften, auf Teile der Angestellten-schaft und Beamtenschaft.

Das war ferner die Zentrums-partei, ein Verband aus konfessionell gebundenen Arbeitern und Bürgern, und das war die Deutsche Demokratische Partei (DDP), eine Bürger- und Intellektuellenpartei, in der sich die Reste des Linksliberalismus sammelten.

Die drei Parteien rauf-ten sich trotz aller Meinungs-differenzen zur „Weimarer Koalition“ zusammen, so genannt, weil sie in der 1919 in Weimar tagenden Nationalversamm-lung, dem verfassungsgebenden Parlament, über eine Dreiviertel-mehrheit verfügten und sich zu einem Regierungsbündnis vereinigt hatten, mit dem sie nun die Republik steuern und befestigen wollten.

Doch das Unglück wollte, daß die Wähler nicht mitmach-ten. Bei den Wahlen zum ersten Reichstag der Republik im Juni 1920 verlor die Koalition der demokratischen Parteien ihre absolute Mehrheit. Es war das endgültige Aus für jeden Versuch einer großange-legten Demokratisierung des noch immer obrigkeitsstaatlich gestimmten Landes.

Die SPD büßte fast die Hälfte ihrer Wählerschaft ein (sie kam nur noch auf 21,7 Prozent), die DDP verlor sogar noch mehr als die Hälfte, die Zentrums-partei verlor ein Drittel ihrer Wähler. Das Wahlergebnis kündigte für alle Demokraten eine düstere Zukunft an: die Republik ohne Republikaner.

Jetzt aber kam es entscheidend darauf an, ob die Politiker der Weimarer Koalition

genügend flexibel waren, um gemeinsam mit anderen Parteien ihre parlamentarische Basis zu erweitern (siehe Graphik Seite 110).

Das war für die Unterhändler der Koalition wenig erheiternd, denn als Mehrheitsbeschaffer kamen nur zwei rechte Parteien in Frage: Die Deutsche Volkspartei (DVP), ein Zusammenschluß traditionalistischer Rechtsliberaler mit der Rückendeckung westdeutscher Schwerindustrieller, hatte gegen die Weimarer Verfassung votiert und hielt die Monarchie für die „beste Staatsform“, während die Deutschnationale Volkspartei, eine Sammlungsbewegung des rechtskonservativen Bürgertums, noch härtere Position bezog und



Der Wahre Jacob

vergaßen: wie man politischen Einfluß ausüben kann, ohne öffentliche Verantwortung übernehmen zu müssen. Nur eines lernten sie dabei nicht: die Kunst des Kompromisses. Da sie in der Rolle der Opposition blieben und keine öffentliche Verantwortung übernahmen, mußten sie sich auch nicht mit Konkurrenten und Gegnern messen, arrangieren, ausgleichen.

Das Kaiserreich brach zusammen, die Parteien – nun zum Teil unter anderem Namen – formierten sich neu, doch die Scheu vor Verantwortung und Kompromiß blieb.

Am ehesten arrangierten sich noch die Parteien, die als „Paria des Kaiserreiches“ (so der Historiker Hagen Schulze)

im Grund die republikfeindliche Partei war.

Die Sozialdemokraten hatten denn auch keinerlei Lust, mit der „Reaktion“ zu verhandeln, aber auch eine Koalition mit der äußersten Linken war ihnen unmöglich, da die Kommunistische Partei ein wütender Gegner des sozialdemokratischen Reformismus blieb, abgesehen davon, daß ein solches Linksbündnis nicht mehrheitsfähig war.

Nur die Zentrumsparterie zeigte sich nach allen Seiten offen, was sie zur permanenten Regierungspartei der Weimarer Republik machte. Ihre Bandbreite reichte von dem militanten Republikanismus des Linkskatholiken Joseph Wirth bis zu der kalten Republikfeindschaft des Agrarlobbyisten Franz von Papen – Bewegungsraum genug, den Zentrumspolitikern zu ermöglichen, eine Große Koalition oder auch eine Bürgerkoalition zu zimmern, mal mit der DVP, mal mit der DNVP, mal mit allen beiden und der DDP dazu.

Doch die Koalitionen dauerten nie lange. Die Deutschen kamen aus dem Karussell der Regierungskrisen und Kabinettswechsel nicht mehr heraus; in den neun Jahren bis 1928 verbrauchten sich 15 Regierungen, jede einzelne dauerte durchschnittlich nicht länger als sieben Monate.

Schon kleinste Streitfragen genühten, eine Regierung in eine wochenlange Krise zu stürzen. Kaum war eine Regierung gebildet, da gab es irgendwo einen Parteiflügel, der sich übergangen fühlte und dessen Anhänger begannen, die eigenen Minister aus der Koalition herauszuschießen. In diesem Spiel waren die Minister meist nur Marionetten der Fraktion, die sie rücksichtslos der Partei rason opferte.

Absurd etwa das Theater, das die SPD-Fraktion im Reichstag 1923 mit dem Genossen Wilhelm Sollmann aufführte. Er durfte im August jenes Jahres in Stresemanns Große Koalition eintreten und dort als Innenminister einen harten Kurs der Staatsautorität einschlagen, der ihm den Beifall des Reichskanzlers einbrachte.

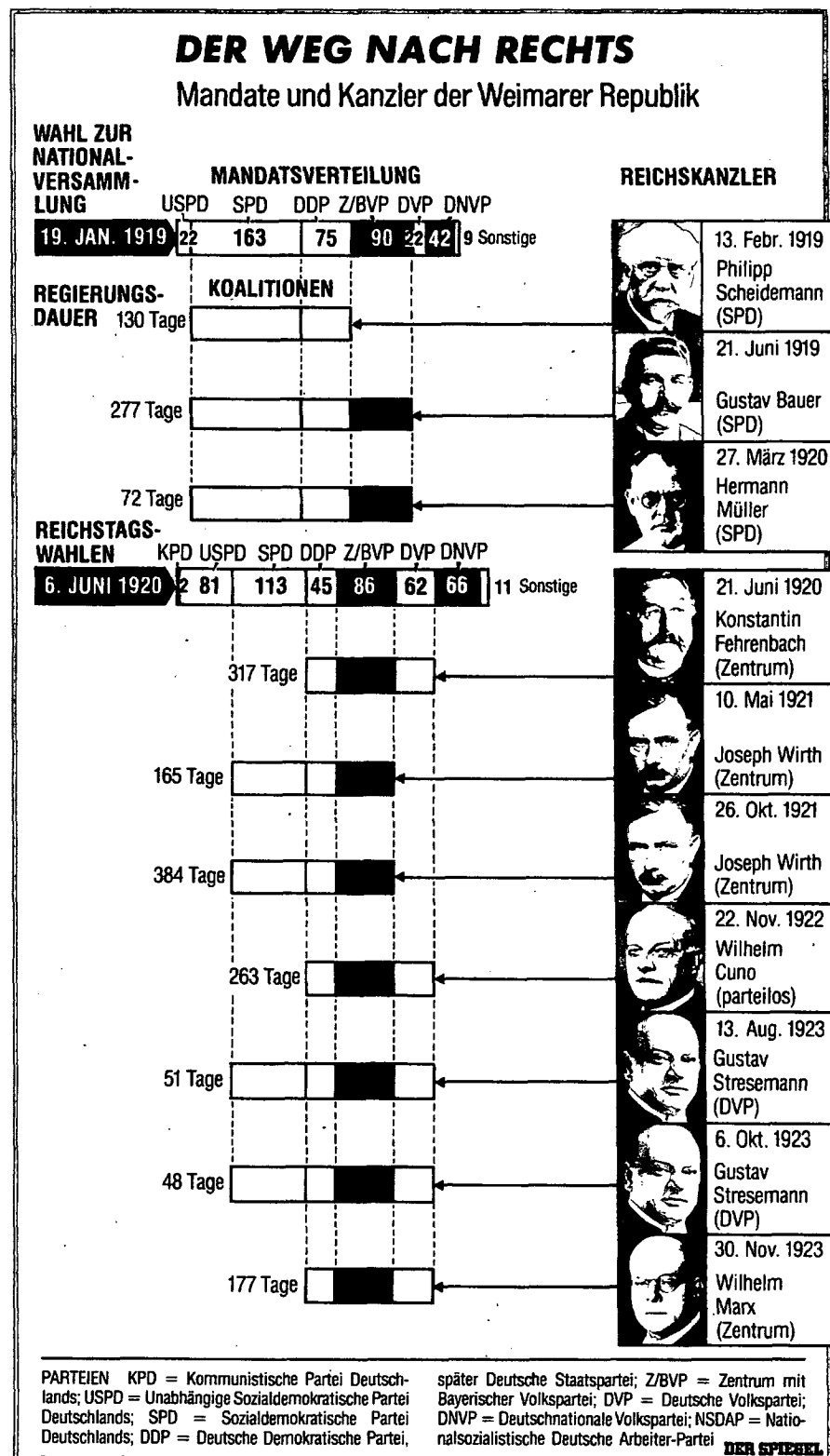
Plötzlich aber beschloß die Fraktion, die Regierung wieder zu verlassen. Jetzt mußte Sollmann im Reichstag den Part des großen Anklägers gegen die angeblich so autoritäre Politik Stresemanns übernehmen und Wortführer des Mißtrauensantrags werden, den die SPD mit Erfolg an der Seite jener DNVP einbrachte, die ihr ein Synonym für schwärzeste Reaktion gewesen war.

Das „merkwürdige Drängen aus der parlamentarischen Verantwortung heraus“, das der Historiker Karl Dietrich Erdmann der SPD attestiert, war nicht nur der Sozialdemokratie zu eigen; auch andere Parteien scheuten davor zurück, sich in die staatliche Pflicht nehmen zu lassen – nicht umsonst sprach der DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser von „der Selbstsucht der Parteien“.

Sie schoben nicht selten die Verantwortung auf den Reichspräsidenten ab, wobei sie sich eine Konstruktion zunutze machten, durch die die Weimarer Verfassung praktisch in zwei Teile gespalten worden war: in eine Verfassung für schönes Wetter und eine Art Reserveverfassung für schlechte Zeiten.

Artikel 48 der Verfassung räumte nämlich dem Reichspräsidenten das Recht ein, in Notsituationen bei Störung

oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eigene Dekrete, sogenannte Notverordnungen, zu erlassen, die volle Gesetzeskraft besaßen; zwar mußte der Reichstag sie nachträglich billigen, aber der Reichspräsident konnte eine ihm ungünstige parlamentarische Mehrheit unter Druck setzen – durch Androhung des Artikels 25, der ihm die Macht gab, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.



Das gab dem ganzen Regierungs- und Verfassungssystem etwas Doppelköpfiges: In „normalen“ Zeiten regierte das Reichskabinett, in schwierigen der Reichspräsident. Je weniger aber die Parteien Lust dazu hatten, die Probleme und Konflikte unter sich zu lösen, desto stärker wurde die Macht des Präsidenten.

Es mochte noch kein sonderlicher Grund zur Sorge sein, solange ein so instinktsicherer Republikaner wie der

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, einer der Väter des Weimarer Staates, an der Spitze des Systems stand. Auch er verfolgte allerdings das Treiben der Parteien einschließlich seiner eigenen mit wachsendem Unmut. Nach dem Sturz des Kabinetts Stresemann durch die SPD im November 1923 ließ er sich deren Fraktionsführer kommen und stauchte sie zusammen: „Was euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen eurer Dumm-

heit, die werdet ihr noch in zehn Jahren spüren.“

Doch seit 1925 saß ein Mann ganz anderer Art im Reichspräsidentenpalais: Der Altpreuße Hindenburg, aufgewachsen in der Denk- und Gefühlswelt des Obrigkeitsstaates, hatte ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen alle Parteien und hörte nur zu gern auf Einflüsterer, die für ihn schon die Rolle eines Ersatz-Kaisers bereithielten, der zur Integrationsfigur aller republikfremden Kräfte werden sollte.

Doch die Parteien ignorierten die sich hier zusammenballende Gefahr und riefen fleißig nach dem Präsidenten, wenn sie am Ende ihres Lateins waren – nach dem Motto, das der Historiker Michael Stürmer so umschreibt: „Parlamentarismus ist gut, direkte Demokratie muß man der SPD zugestehen, aber wenn es ernst wird, dann braucht man den Präsidenten.“

Der Artikel 48, von den Verfassungsvätern nur für den Fall bürgerkriegsähnlicher Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gedacht, verkam zu einem billigen tagespolitischen Rezept kompromißunfähiger Politiker. Man brauchte sich nicht besonders anzustrengen, es gab ja immer den 48, der aus aller Verlegenheit heraushelfen konnte.

Selbst SPD-Minister, gemeinhin hochmoralische Gegner jedweder Diktatur, fanden später nichts Erschreckendes an dem Gedanken, parlamentarisch schwierige Gesetze mit dem Diktaturartikel im Reichstag durchzusetzen, und ahnten nicht, wie sehr sie damit der dann eines Tages tatsächlich errichteten Präsidialdiktatur den Weg ebneten.

Es war typisch, daß sich die Parteien immer mehr an den Denkkategorien der Vorkriegszeit orientierten. An die Spitzen der Parteien gelangten wilhelminische Figuren: Im Oktober 1928 wurde der Geheime Finanzrat Alfred Hugenberg, ein Mann aus der Gedankenwelt der Schwerindustrie, der an die Restitution des Bismarckstaates glaubte, zum Vorsitzenden der DNVP gewählt, und zwei Monate später erkor sich die Zentrumspartei den ultrakonservativen Trierer Prälaten und Kirchenrechtler Ludwig Kaas zu ihrem Vorsteher.

Wen will es da wundern, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung dieser Parteien herzlich überdrüssig war? Für die meisten Deutschen, die noch immer dem Ideal des autoritären Ordnungsstaates anhängen, waren die Parteien immer „eine ärgerliche Sache“ gewesen, wie Hagen Schulze sagt. So radikal aber hatte man in Deutschland die Parteien noch nie satt gehabt.

Im nächsten Heft

Am Streit um Sozialbeiträge scheitert die letzte Große Koalition der Weimarer Republik – Start in die Präsidialdiktatur

